

Liebe Freund:innen und Genoss:innen,

alle Welt schaut zurecht entsetzt auf den Krieg in der Ukraine, aber genau dies nutzt Erdogan für seine Zwecke.

Seit Februar werden durch die türkische Luftwaffe zahlreiche Orte in Kurdistan bombardiert. Seit April haben diese Angriffe weiter zugenommen.

Nachdem der Angriff des IS in Heseke, in Nord- und Ostsyrien, durch die Demokratischen Kräfte Syriens QSD erfolgreich vereitelt werden konnte, startet die Türkei, ein Mitgliedstaat der NATO, erneut heftige Angriffe mit zahlreichen Kampfflugzeugen.

Aktuelle Ziele sind Derik und Sengal, wo der IS im August 2014 einen Völkermord verübte, zehntausende Ezid:innen ermordete und Frauen und Kinder versklavte sowie das Geflüchtencamp Mexmûr in Südkurdistan, in welchem 12.000 Menschen selbstorganisiert leben.

Darüber hinaus gibt es Berichte von Artillerie-Angriffen auf Sehba.

Sehba ist eine Region nördlich von Aleppo, wo Zehntausende Vertriebene aus Afrîn in Camps leben.

Täglich fliegen und morden Erdogans Drohnen und Kampfjets, immer wieder versuchen türkische Soldaten und islamistische Söldner das Land einzunehmen, das in den letzten Jahren mühevoll und selbstorganisiert aufgebaut wurde.

Selbst wenn in den Medien darüber nicht berichtet wird: Der Krieg in Nord- und Ostsyrien hat nie aufgehört, denn jeden Tag in den letzten Monaten waren Gefechte allgegenwärtig, Bomben und Drohnenangriffe waren tägliche Gefahr, Tausende ließen ihr Leben im Kampf für die Freiheit oder wurden vertrieben.

Nun ist der Krieg im Irak angekommen.

Wir verurteilen die erneuten flächendeckenden Bombardierungen und diesen anhaltenden Krieg auf's Tiefste.

Nicht nur weil er zu Tod, Vertreibung, Hunger und Vergewaltigung führt – sondern weil er sich ganz konkret gegen eine der weltweit stärksten demokratischen und feministischen Bewegungen richtet.

Gemeinsam mit der kurdischen Freiheitsbewegung haben die Menschen hier in den letzten 10 Jahren eine Gesellschaft aufgebaut, die freiheitlich, solidarisch und ökologisch funktioniert.

Während die einen dies als Terror deklarieren wollen, bestätigt sich für uns, dass der Kampf für das freie Leben, die Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien, eine Gefahr für die bestehenden patriarchalen und kapitalistischen Systeme darstellt.

Ein Kurswechsel bezüglich der Kriminalisierung ist weder in der deutschen Innenpolitik noch in der Außenpolitik zu erkennen.

Wenn Außenministerin Annalena Baerbock sagt, sie werde als Grüne jetzt eine "feministische Außenpolitik" machen, dann ist das ein Schlag ins Gesicht aller Feminist:innen.

Täte sie das, würden wir eine grundlegende Veränderung der Politik erleben und nicht nur neoliberales Gewäsch.

In Nord- und Ostsyrien können wir sehen was eine feministische Politik bedeuten kann, den Aufbau einer antikapitalistischen Gesellschaft, ein demokratisches System das auf Teilhabe aller beruht und auf selbstorganisierten Strukturen, die von unten aus der Bevölkerung kommen. Dafür stehen wir ein. Und dafür sollte auch Annalena Baerbock eintreten, wenn sie ihre eigenen Worte ernst nimmt.

Viel zu oft haben wir in den letzten Jahren gesehen was es bedeutet, wenn das türkische Regime Operationen wie diese startet.

Der tägliche Terror der Besatzertruppen in Afrin gegen die Bevölkerung, insbesondere Frauen durch Vertreibung, Folter, Entführungen ist uns bekannt.

Deshalb liegt es an uns, jetzt aktiv zu werden! Wir rufen alle demokratischen und feministischen Kräfte dazu auf, sich zusammen zu schließen und Widerstand zu leisten.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung und der Arbeiterpartei Kurdistans ein Ende findet, denn jene ist der politische Nährboden, auf dem dieser Krieg geführt werden kann.

Unterstützen wir die Selbstverteidigung der Menschen vor Ort, sei es mit Spenden wie z.B. an die Hilfsorganisation "Heyva Sor a Kurdistanê" oder anderen Aktionen.

Berichten wir auf den Straßen, in den Cafés darüber, dass Deutschland eine Mitverantwortung in dem Krieg hat, somit zur Reorganisation des IS beiträgt und dafür sorgt, dass Tausende aus ihrer Heimat vertrieben werden.

Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass die Kriegsverbrechen des Angriffs- und Vernichtungskriegs Erdogans in den kurdischen Gebieten in Syrien und im Irak verurteilt und gestoppt werden und keine neuen Offensiven stattfinden.

Lasst uns gemeinsam und solidarisch an den Strukturen für ein befreites Leben arbeiten, wo immer wir sind!